

„You’ve got to fight for your right“

Von der Bedeutung des Grundgesetzes als Stoff für die politische Bildung und für die Maßnahmen der bpb

Das Jahresthema des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten im Jahr 2019 lautet „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“. In den vier Ausgaben der „Außerschulischen Bildung“ in 2019 werden Beiträge aufgenommen, in denen theoretische und praktische Zugänge zum Jahresthema vorgestellt werden. In diesem Beitrag stellen die Autorinnen die Zugänge und Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb zum Grundgesetzjubiläum vor. von Nina Schillings und Josephine Evens

Am 3. Oktober 2018 stehen 50 Menschen auf 50 Metern Bühne vor dem Brandenburger Tor. Sie rezitieren das deutsche Grundgesetz – einzeln, choris, in Gruppen. „Sie“, das sind Menschen unterschiedlichster Milieus, Altersgruppen, sozialer und ethnischer Herkunft. Das, was die polnische Regisseurin *Martha Górnicka* mit ihrer Inszenierung „Grundgesetz“¹ beabsichtigt, sei ein „Stresstest“, erklärt Dramaturg *Aljoscha Begrich*, „um zu sagen, für wen steht eigentlich dieser Text und was bedeuten diese Sätze für bestimmte Leute.“²

Das deutsche Grundgesetz 70 Jahre nach seiner Entstehung einem solchem Stresstest zu unterziehen, also künstlerisch zu erproben, ob es seinem Anspruch einer für alle Menschen in Deutschland geltende Grundordnung unter

aktuellen und zukünftigen politischen und sozialen Herausforderungen gerecht werden kann, das scheint nicht abwegig. Populismus, Migration, Digitalisierung, Klimawandel, zunehmende soziale Ungleichheiten – kann ein Text, dessen Urheber von diesen Herausforderungen noch wenig wussten, heute für die Mehrheitsgesellschaft noch konsensfähiges Fundament für das Zusammenleben und Schutz der Demokratie gegen Gefährdungen sein? Und wie wichtig ist es auf dieser Basis als Stoff und Referenzpunkt politischer Bildung?

Das, was *Górnicka* mit künstlerischen Mitteln als Frage formuliert, streben unter Anstrengung der öffentlichen Debatte – und bisweilen auch des Bundesverfassungsgerichts – auch regelmäßig Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und Interessensvertreter*innen aus der Zivilgesellschaft an, die insbesondere mit Blick auf den gesellschaftlichen und sozialen Wandel und damit einhergehenden Herausforderungen die Aktualität und Belastungsfähigkeit des Grundgesetzes kritisch hinterfragen oder anzweifeln. Aus dem Text des Grundgesetzes lässt sich darum das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen mit Blick auf seine über 60 Änderungen und Reformen herauslesen. →

1 Die Inszenierung zum Tag der Deutschen Einheit unter Leitung des Maxim Gorki Theaters Berlin wurde unter anderem durch Förderung der bpb ermöglicht; <https://gorki.de/de/grundgesetz> (Zugriff auf diesen und alle weiteren in diesem Beitrag genannten Links: 10.01.2019)

2 Zitiert nach: „Irritation am Brandenburger Tor“ Aljoscha Begrich im Gespräch mit Timo Grampes. Deutschlandfunk-Beitrag vom 02.10.2018; www.deutschlandfunkkultur.de/grundgesetz-ein-chorischer-stresstest-irritation-am.2156.de.html?dram:article_id=429601



Aufführung des Stückes „Grundgesetz“ von MARTA GÓRNICKA zum Tag der Deutschen Einheit am Brandenburger Tor 2018 Foto: Ute Langkafel, MAIFOTO

Woran sich Politik und Gesellschaft kontinuierlich abarbeiten, das muss doch auch über seine juristische Bedeutung hinaus ein ergiebiger Stoff und von unumstrittener Relevanz für die politische Bildung sein? Ist es. Und ein Grund für die *Bundeszentrale für politische Bildung/bpb*, dem Grundgesetz 70 Jahre nach seiner Entstehung in diversen Formaten Aufmerksamkeit zu schenken. Herunterbrechen lässt sich die Bedeutung des Grundgesetzes für die politische Bildung auf drei zentrale Thesen:

1) Leitplanke für den gesellschaftlichen und politischen Diskurs: Das Grundgesetz als „kleinster gemeinsamer Nenner“

Kontroversität ist eine der viel beschworenen goldenen Regeln der politischen Bildung. Im Sinne des *Beutelsbacher Konsenses* ist politische Bildung keine Propaganda oder Indoktrination und längst über die Aufgabe einer staatsbürgerlichen Erziehungsinstanz hinausgewachsen. Politische Bildung setzt sich vielmehr zum Ziel, kontrovers diskutierte Themen in Politik und Gesellschaft auch kontrovers darzustellen und die Informationen und widerstreitenden Perspektiven flächendeckend und zielgruppengerecht aufbereitet zur Verfügung zu stellen, um eine fundierte eigene Meinungsbildung zu ermöglichen.

Es ist keine messerscharfe Analyse nötig, um festzustellen, dass die Grenzen dieser Kontroversität, konkreter des Sag- und Diskutierbaren in der demokratischen Gesellschaft, zunehmend herausgefordert, angegriffen

und überschritten werden. Dies betrifft nicht nur die politische Bildung und ihr angegliederte Diskurse, sondern ebenso politische Debatten, die öffentliche Meinungsbildung, (Soziale) Medien und das gesellschaftliche Klima als solches. Politische Bildner*innen treibt daher die Frage um, wie damit umzugehen ist. Denn: Die Verpflichtung zur Überparteilichkeit und Kontroversität heißt nicht normative Neutralität. Wo Menschenrechte missachtet, andere durch Aussagen und Taten eingeschränkt und diskriminiert werden und die Rechtsstaatlichkeit angegriffen wird, stehen politische Bilder*innen in der Pflicht, dies entsprechend einzuordnen und den legitimen, vielfältigen Diskurs von menschenfeindlicher Agitation abzugrenzen. Dabei müssen sie in der Reflexion der eigenen Arbeit oft auf Gratwanderung gehen und sehen sich Vorwürfen der Meinungsmache für einen bestenfalls vage definierten „politischen Mainstream“ ausgesetzt.

Das Grundgesetz, insbesondere die in ihm verankerten Grundrechte, bildet nicht weniger als den „common ground“ für den Diskurs.³ Durch das Grundgesetz wird

³ Dies bedeutet nicht, dass fundierte Kritik am Grundgesetz selbst nicht legitim wäre. Im Gegenteil bilden, wie in Punkt 2 beschrieben, Änderungsdebatten und -prozesse rund um das Grundgesetz gesellschaftlichen Wandel ab und sind darum essentiell für den kontroversen Diskurs. Somit ist als Leitlinie die freiheitlich-demokratische Grundordnung genau genommen der präzisere Referenzrahmen, diese leitet sich jedoch als Kernsubstanz des geltenden Verfassungsrechts unmittelbar aus dem Grundgesetz ab (vgl. hierzu Pohl 2015).

unabhängig von politischer Gesinnung und Weltanschauung ein zeitloser Referenzrahmen der demokratisch gelebten Kontroversität gesetzt. Es spiegelt die konkrete und realpolitische Anwendung von *Immanuel Kants* kategorischem Imperativ, der zur Leitplanke gesellschaftlicher und politischer Debatten wird. Wo Diskussionen keinem unausgesprochenen normativem Konsens mehr folgen, Provokationen en vogue sind und Menschenfeindlichkeit als Meinungsvielfalt deklariert wird, da wird die Verfassung zum wirkmächtigen kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie markiert in klaren Worten die Grenze des Diskutierbaren.

Aufgabe der politischen Bildung ist es, das aktivierende Potenzial des Grundgesetzes gegen system- und demokratiezersetzende Kräfte zu katalysieren. Dabei wird das Grundgesetz zum Instrument politischer Bildung: Denn wie lehrt man den Umgang mit Meinungsvielfalt und Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten besser, als ihr „Regelbuch“ unter die Leute zu bringen? Dabei genügt es der bpb nicht, dass sie jährlich rund eine halbe Millionen Ausgaben des gedruckten Grundgesetzes kostenlos ausgibt. Bedarfsorientiert werden auch Formate stetig weiterentwickelt, die einen zielgruppengerechten Zugang zum Verfassungstext ermöglichen und seine Implikationen für das alltägliche Zusammenleben nahebringen, wie etwa die Lehrmaterialien in der Arbeitsmappe „Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene“ inklusiver weiterführender Online-Materialien wie Infografiken und Erklärfilmen (vgl. [## *2\) Streitbar: Das Grundgesetz als Motivation für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse*](http://www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/215246/grundgesetz; Die Themenblätter „Grundgesetz für Einsteiger“ werden aktuell überarbeitet und aktualisiert.)</p></div><div data-bbox=)

Das Grundgesetz bildet einen „common ground“ – jedoch ist nicht nur sein einender Charakter von Wert. Gleichzeitig bietet es viel Stoff zur politischen Debatte. Das Grundgesetz hilft, gesellschaftliche Entwicklungen zu verstehen. Das Lesen des Grundgesetzes lohnt sich als historische Quelle und als aktuelle Lektüre. Sein Wortlaut sowie die Genese seiner Ergänzungen und Einlassungen sind ergiebiger Stoff politischer Bildung, um mehr darüber zu erfahren, wie sich unsere Gesellschaft in den letzten 70 Jahren gewandelt hat. Welche Antworten gibt es auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen – und welche gab es in der Vergangenheit? Anlässlich des Jahrestages ist es außerdem motivierend, den Text mit aktuellem Blick und aus verschiedenen Perspektiven zu interpretieren und

dafür auch rechtswissenschaftliche Expertise im Rahmen von Formaten der politischen Bildung heranzuziehen.

Die Ausgestaltung des Grundgesetzes ist nicht statisch. Es wird für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse herangezogen, es motiviert zu einer demokratische Streitkultur.

Wo Menschenrechte missachtet, andere durch Aussagen und Taten eingeschränkt und diskriminiert werden und die Rechtsstaatlichkeit angegriffen wird, stehen politische Bilder*innen in der Pflicht, dies entsprechend einzuordnen und den legitimen, vielfältigen Diskurs von menschenfeindlicher Agitation abzugrenzen.

Die bpb lädt im Rahmen von Fachtagen, Veranstaltungen, geschützten Räumen und Dialogformaten dazu ein, sich über gesellschaftliche Konfliktlagen zu verständigen. Denn Lesarten des Grundgesetzes spiegeln bisweilen in politischen Diskursen das gesamte Meinungsspektrum wider: die Debatten um ein gesellschaftliches „Wir“, um das Einwanderungsland Deutschland, um Fragen der Repräsentation und Responsivität in demokratischen Institutionen und Verfahren oder etwa Debatten um wirtschafts- und sozialpolitische Fragen. Das Grundgesetz kann als revolutionäre Schrift gelesen werden. Es regt an, über utopische Gesellschaftsentwürfe nachzudenken: Wer ist das Volk? Schützt das Grundgesetz nicht auch vor Diskriminierungen aufgrund des sozialen Status? Was sagt das Grundgesetz zur globalen Verflochtenheit unserer Gesellschaft und Wirtschaft? Was verstehen wir eigentlich unter einem Sozialstaat?

Der Text des Grundgesetzes lädt ein, ihn als Blaupause auf aktuelle Diskurse und gesellschaftliche Realitäten zu legen und zu prüfen, auf welcher Grundlage Kritik geübt wird und welche (vermeintlichen) Ableitungen aus dem Grundgesetztext auf den Prüfstand zu stellen sind: Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen klingt im Grundgesetz nach einem Fakt, Realität ist sie nicht. Die soziale Marktwirtschaft wird dem Grundgesetz ent-→

nommen, dort festgeschrieben ist sie jedoch nicht. Die freie Religionsausübung ist durch das Grundgesetz geschützt, dennoch sind Beamt*innen der religiösen Neutralität im Staatsdienst verpflichtet. Spielt es heute auch vor dem Hintergrund der Debatten um einen „kulturellen



Foto: Ulf Dahl

Kolonialismus“ Ostdeutschlands eine Rolle, dass es damals keine gesamtgesellschaftliche Diskussion über eine neue, gemeinsame Verfassung gab? Und: Welche Anknüpfungspunkte bieten die Rechtswissenschaften für die politische Bildung? Die Perspektiven von Staats- und Verfassungsrechtler*innen mit Blick auf sozialpolitische und wirtschaftspolitische Fragestellungen sind in der politischen Bildung noch unterrepräsentiert: Die Expertise Recht kann lohnenswerte Einblicke einbringen und mitunter neue Denkanstöße für Umgang und Analyse von autoritären Bewegungen in Deutschland und Europa bieten. **4**

3) „Das Grundgesetz ist Pop“ – und manchmal auch Gangster-Rap

Komplexe Themen zielgruppengerecht aufzubereiten, die Relevanz sperriger Themen für das Alltägliche aufzuzeigen – das ist Teil des Auftrags der bpb. „70 Jahre Grundgesetz“ erscheint vielleicht zunächst als ein solch sperriges Thema, insbesondere für bildungs- und politikferne Zielgruppen. Hier lohnt sich ein frischer, losgelöster Blick:

Die Texte und Wortlaute insbesondere der Grundrechte, sind in Bezug auf Inhalt und Sprache geradezu kongenialer Stoff: Sie bringen mächtig viel Pathos mit und sind

4 Die bpb begleitet die Initiative für das Vorhaben „Forum Recht“, das als Institution das Recht als politische, gesellschaftliche und kulturelle Kraft in Deutschland und Europa stärken, Kenntnisse vermitteln und rechtsstaatliches Bewusstsein schaffen möchte.

zugleich karg und bescheiden. Sie sind nicht nur inhaltlich hochaktuell, sondern auch sprachlich modern, sie erfüllen ihre Absicht der einfachen Verständlichkeit dank klarer Formulierungen. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – das passt auch auf einen Jutebeutel ganz gut.

Den Pop-Charakter des Grundgesetzes beweist seine Vermarktungsfähigkeit: Aktuell verkauft sich das Grundgesetz als schick gestaltetes Magazin hervorragend an den Kiosken, TV-Satiriker *Jan Böhmermann* dreht ein Musikvideo zur ironischen Grundgesetz-Ode „RECHT KOMMT“

Der Text des Grundgesetzes lädt ein, ihn als Blaupause auf aktuelle Diskurse und gesellschaftliche Realitäten zu legen und zu prüfen, auf welcher Grundlage Kritik geübt wird und welche (vermeintlichen) Ableitungen aus dem Grundgesetztext auf den Prüfstand zu stellen sind.

im *Museum König*. Auch dem in These 2 genannten Konfliktpotenzial des Grundgesetzes wird popkulturell Genüge getan: Ob nun provokante Ergüsse mit Bezug zum Grundgesetz von Gangster-Rappern wie *Bushido* oder *Kollegah* und *Farid Bang* als konstruktive Auseinandersetzung eingestuft werden können, sei dahingestellt. Als Anknüpfungspunkt an eine Diskussion mit der Zielgruppe kann ein/e politische*r Bildner*in sie aber gut nutzen – und zum Beispiel darauf verweisen, dass *Bushido* „Fick das Grundgesetz“ auch nur dank des Artikels 5 zur Wahrung der künstlerischen Freiheit sagen darf. **5**

Dass bei der jungen Zielgruppe beliebte Stars das Grundgesetz selbst oder seine zentralen Begrifflichkeiten Anlass genug finden, sich kritisch, lobend, oder fragend damit auseinanderzusetzen, macht sich auch die bpb zu-nutze: Eine große Kampagne zum Thema „Würde“ ist für 2019 in Planung: Ein Kampagnenvideo soll im Vorfeld des

5 Vgl. „Wieso Gangsterrapper sich so oft am Grundgesetz abarbeiten“, BR24-Beitrag vom 09.01.2019; www.br.de/nachrichten/kultur/wieso-gangsterrapper-sich-so-oft-am-grundgesetz-abarbeiten, REXdhev

Jubiläums auf das Grundgesetz und seine Inhalte aufmerksam machen. Die Möglichkeit, den Würde-Begriff selbst zu erleben und persönlich zu machen bietet ein immersives Theaterstück, das von einer groß angelegten Web-video-Reihe begleitet wird. Social-Media-Influencer*innen verbreiten den Kampagnenhashtag über das Internet und erzählen persönlich und anekdotenhaft von ihrem Verständnis von Würde. Alle Angebote laufen auf einer Seite zusammen und werden dort von Begleitmaterialien und Hintergrundinformationen ergänzt.

Wer es dann etwas genauer wissen will, muss dafür kein Buch aufschlagen. Die App zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beinhaltet die aktuelle Fassung und liefert dazu viele Hintergrundinformationen und ein Wissens-Quiz mit kuriosen Anekdoten und Details. Etwas weniger spezifisch kommt der Messenger Dienst „Deine tägliche Dosis Politik“ daher (www.bpb.de/dialog/257145/deine-taegliche-dosis-politik). Einmal auf WhatsApp, Telegram oder Insta aktiviert, bekommen Nutzer*innen täglich in der Früh kurze Erklärtex te zu Begriffen aus Politik und Geschichte, Hinweise auf interessante bpb-Angebote und Hintergrundinfos zu aktuellen Themen und Debatten zugeschickt. Für 2019 ist ein Grundrechte Spezial in Planung.

Fazit

Im Grundgesetz steckt viel Musik für die politische Bildung. Den 70 Jahre alten Text (neu) zu lesen, zu vermitteln und zu erzählen lohnt sich, wie aktuelle künstlerische, popkulturelle und publizistische Projekte zeigen. Aber auch zahlreiche Akteure, die Träger der politischen Bildung und Landeszentralen für politische Bildung tragen Wert und Inhalt des Grundgesetzes jeden Tag in die Fläche und leben es in allen Teilen der Bundesrepublik. **6** Wichtig ist der bpb, Relevanz und Bedeutung des GG zu verdeutlichen und seine Inklusivität statt Exklusivität zu wahren. Wir sollten es als „Instrument“ für unsere Demokratie weiterentwickeln und zu nutzen wissen (vgl. Möllers 2009). 2019 möchte die bpb mit ihren Maßnahmen daher nicht nur Wert und Bedeutung des Grundgesetzes hochhalten – sondern sich anlässlich dessen neuen Fragen und Perspektiven öffnen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2019

6 Ausgewählte Formate der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit der Landeszentralen für politische Bildung werden 2019 in der Schriftenreihe der BpB unter dem Titel „Demokratie ganz nah – 16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz“ vorgestellt und im Rahmen einer Festveranstaltung im Schloss Bellevue mit dem Bundespräsidenten gewürdigt.

Zu den Autorinnen



Nina Schillings ist Referentin im Fachbereich Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Politikwissenschaftlerin konzipiert dort vor allem Formate mit und für Jugendliche und junge Erwachsene. Internationale Vernetzung, Partizipation und innovative Methoden liegen ihr am Herzen, ebenso wie die Themenbereiche Erinnerungskulturen, Geschichtsrezeption und historisch-politische Bildung.

nina.schillings@bpb.de

Foto: Privat



Josephine Evens ist Referentin im Fachbereich Grundsatz der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Historikerin befasst sich dort u. a. mit grundsätzlichen Fragen politischer Bildung und der Analyse gesellschaftlicher Wandlungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

josephine.evens@bpb.de

Foto: Ulf Dahl

Literatur

Möllers, Christoph (2009): Vom Altern einer Verfassung: 60 Jahre Grundgesetz – Essay. In: ApuZ 18–19/2009; www.bpb.de/apuz/32019/vom-altern-einer-verfassung-60-jahre-grundgesetz-essay

Pohl, Kerstin (2015): Wie weit geht das Kontroversitätsgebot für die politische Bildung? In: bpb (Hrsg.): Dossier „Politische Bildung“; www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193225/kontroversitaet?p=all